Nachrichten aus der Forschung

Ulrich Hertel

»Der Wiener Kongress und seine Folgen. Großbritannien, Europa und der Frieden im 19. und 20. Jahrhundert«

Internationale Konferenz und 34. Jahrestagung der Prinz-Albert-Gesellschaft, Coburg, 3. bis 5. September 2015

DOI 10.1515/mgzs-2016-0072

200 Jahre Wiener Kongress und dessen Folgen waren der Anlass, die Jahrestagung 2015 der Prinz-Albert-Gesellschaft unter dieses Thema zu stellen.

Traditionsgemäß wurde die Zuhörerschaft bereits am Freitagabend durch den Eröffnungsvortrag »Der Wiener Kongress, England und die Neuordnung Europas« in die Thematik eingeführt. *Eberhard Straub* (Berlin) sprach vom »größten Fest in der Geschichte des Adels«, da noch nie so viele gekrönte Häupter und Aristokraten zusammen gekommen waren. Nach den revolutionären Unruhen und den sich bis 1814 anschließenden Kriegen wirkte dieses »Fest« auf den ersten Blick wie ein »Triumph der alten durch die Revolution und Napoléon umgestürzten feudalen Welt«, so Straub. Auf den zweiten, genaueren Blick leitete der Wiener Kongress jedoch eine neue Zeit ein, in der sich der Adel mit dem neureichen Bürgertum vermischte, das Vergnügen im Vordergrund stand und man glaubte, bei all der Musik und den Bällen fast nebenbei Lösungen für die kompliziertesten Sachverhalte finden zu können. Nur die Briten verhielten sich altmodisch, was von den anderen Nationen kritisch registriert wurde und sie in ihrem Argwohn gegenüber Großbritannien nur noch bestärkte. Dieser beruhte auf Großbritanniens stetig wachsender maritimer Vormachtstellung und der damit verbundenen, von Napoléon verschärften, Kontinental Sperre auf britische Waren, die von den Europäern als Befreiung von Unterdrückung wahrgenommen wurde. Dementsprechend sollte das Inselreich anfangs aus allen Friedensverhandlungen herausgehalten und vor vollendete Tatsachen gestellt werden, was jedoch durch einen 1814 zwischen Großbritannien und den USA geschlossenen Frieden verhindert werden konnte, durch den ein britischer Fokus auf Europa wieder möglich wurde. Im Folgenden legte Straub die Beziehungen der europäischen Staaten

Kontakt: Ulrich Hertel, TU Chemnitz, E-Mail: ulrich_hertel@gmx.de

untereinander und zum Vereinigten Königreich dar, ging auf deren Friedensbemühungen und Interessenlagen ein und stellte klar, dass eine ernstzunehmende Nachkriegsordnung ohne das britische Königreich als letzte verbliebene europäische Weltmacht nicht zu erreichen war. Nachdem der britische Außenminister Lord Robert Castlereagh bereits im Frühjahr 1814 Großbritanniens Hauptforderung erfüllt sah, die darin bestand, dass die europäischen Mächte in zukünftigen Friedensverhandlungen nur über kontinentale Belange entscheiden konnten, fügte sich das Weltreich von da an weitestgehend den Forderungen der anderen Staaten. So sollte Frankreich beispielsweise nicht gedemütigt werden und konnte deshalb bereits ab 1818 vollkommen uneingeschränkt und gleichberechtigt wieder auf dem politischen Parkett Europas mittanzen. Weiterhin war durch die Niederlage Napoléons das Nationalitätenprinzip gescheitert, weshalb beispielsweise »Deutschland« nicht zu einer Nation zusammengefasst wurde, sondern der Deutsche Bund entstand. Das abschließende Fazit Straubs lautete, dass trotz der bereits damals bestehenden Vorurteile gegenüber England eine nachhaltige europäische Politik nur mit dem Inselreich realisierbar war (und ist), man allerdings bis heute nicht wirklich weiß, wie mit Großbritannien umzugehen sei.

Nachdem am Samstagmorgen die Leiterin der Coburger Landesbibliothek *Silvia Pfister* (Coburg), die gleichzeitig als Gastgeberin fungierte, mit wenigen einführenden Worten die Bedeutung des Wiener Kongresses für die Stadt Coburg skizziert hatte, wurde die Konferenz vom Vorsitzenden der Prinz-Albert-Gesellschaft *Frank-Lothar Kroll* (Chemnitz) eröffnet. Kroll verwies auf die drei Themenbereiche, auf denen in den nächsten Tagen ein besonderes Augenmerk liegen würde. Zum Ersten sollte die hervorgehobene Rolle Großbritanniens auf dem Kongress und dessen Beitrag zur Errichtung der Wiener Friedensordnung ausgelotet werden. Zum Zweiten sollten die Bemühungen beleuchtet werden, wie die europäischen Mächte inklusive Großbritannien die kontinentalen Verwirrungen konsensual zu lösen gedachten. Und zum Dritten galt es, die Auswirkungen und Folgen zu benennen, welche die Entscheidungen in Wien zeitigen sollten und die in Europa bis weit ins 20. Jahrhundert zu spüren waren. Allein die Tatsache, dass dem Kongress eine europäische Friedensphase von fast 100 Jahren folgte, die lediglich von wenigen, nicht um sich greifenden Konflikten unterbrochen wurde, zeigt, wie nachhaltig die Entscheidungen der involvierten Parteien waren.

Die erste Sektion mit dem Titel »Militär und Politik« moderierte Kroll. *Lothar Höbelt* (Wien) beleuchtete mit seinem sehr lebendigen Vortrag »Der englisch-amerikanische Krieg von 1812 und seine Rückwirkung auf das europäische Mächtesystem« ein nicht direkt im Zusammenhang des Wiener Kongresses stehendes Ereignis, dessen Verlauf und Beendigung 1814 jedoch von den europäischen

Ereignissen stark beeinflusst wurde bzw. diese beeinflusste. Nachdem die Royal Navy auf der Suche nach britischen Desserteuren unzählige amerikanische Schiffe durchsucht und im Zuge dessen tausende Amerikaner zwangsrekrutiert hatte, erklärten die USA dem Königreich am 18. Juni 1812 den Krieg. Nach einigen Anfangserfolgen der Amerikaner scheiterten die USA jedoch mit ihrem Hauptziel: der Besetzung Britisch-Kanadas, die als Druckmittel gegen das Inselreich dienen sollte. Der als solcher bezeichnete »Spaziergang nach Quebec« endete für die Amerikaner im Desaster und führte so bereits kurz nach Kriegsbeginn zu einer Pattsituation. Erst durch die Niederlage Frankreichs wurden in Europa gebundene britische Truppen frei, mit deren Hilfe Großbritannien wieder die Oberhand im nordamerikanischen Konflikt gewann. Das führte zum Friedensschluß 1814, wodurch es dem Königreich wiederum möglich war, sich gänzlich den europäischen Friedensverhandlungen in Wien zu widmen.

Dass diese Verhandlungen, aufgrund der Hegemonie zwischen Russland und Großbritannien, zu einer langen Friedensepoche geführt haben, ist für *Stefan Schieren* (Eichstätt-Ingolstadt) ein unumstößlicher Fakt. Diese heute allgemeingültige Ansicht sei aber einer Neuberwertung des Kongresses innerhalb der letzten zwanzig Jahre zu verdanken. Schieren, dessen Vortrag »Intervention und Völkerrecht im 19. und 20. Jahrhundert« die Zeit vom Wiener Kongress über die Jahre des Ersten Weltkrieges bis hin zu aktuellen politischen Problematiken thematisierte, arbeitete den Wandel der Ansichten und Interessen der jeweiligen Gesellschaften heraus. Vor diesem Hintergrund plädierte er für eine stärkere Berücksichtigung und Integration geschichtlicher und völkerrechtlicher Bezüge in die Wissenschaft der Internationalen Beziehungen.

Ein zentrales Thema des Kongresses, dem heutzutage nur wenig Beachtung geschenkt wird und dem sich *Robin Blackburn* (Essex) in seinem Vortrag »Die unerwarteten Konsequenzen des Friedens: Das Konzert von Wien inner- und außerhalb Europas« widmete, waren die Verhandlungen über die Abschaffung des transatlantischen Sklavenhandels. Vor allem Großbritannien, als Befürworter dieser Abschaffung, war in diesem Punkt unnachgiebig, was der britische Abgesandte Lord Castlereagh unmissverständlich klarmachte. Seine Forderungen standen naturgemäß in großem Widerspruch zu denen der vom Sklavenhandel stark profitierenden Nationen. Allen voran Spanien und Portugal, aber auch Frankreich betrachteten Castlereaghs Vorschläge als drastischen Eingriff in die eigene Kolonialpolitik. Selbst eine auf Betreiben des französischen Außenministers Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord ins Leben gerufene Kommission konnte keine Einigung zwischen den Parteien erzielen. Letztlich drohte Castlereagh seinen Widersachern mit einem Handelsboykott und legte damit wahrscheinlich den entscheidenden Grundstein für einen Wandel des Sklavenhandels, so Blackburn, denn dieser ging ab 1850 merklich zurück.

Die zweite Sektion »Der Wiener Kongress: Voraussetzungen, Inhalte und Zielsetzungen« moderierte Robin Blackburn. Sie begann mit *Michael Broers'* (Oxford) Vortrag »Die Welt, die wir verloren haben. Eine Geografie des napoleonischen Europa – was Wien zu entwirren hatte«. Von den Delegationen in Wien wurde weit mehr erwartet als »nur« die Grenzen der vornapoléonischen Zeit wieder herzustellen. Zur Erklärung seiner These ging Broers auf drei wesentliche, damit in Zusammenhang stehende Punkte ein. Als erstes galt es, die Franzosen aus ihrer eigenen Perspektive zu verstehen, die sich, selbst als Supermacht wahrnehmend, mit ihren Verwaltungsstrukturen und kulturellen Auffassungen auf ganz Europa ausdehnen wollten. Dementsprechend wurde im zweiten Teil das Verhältnis zwischen Unterstützung und Kontrolle bzw. Feindseligkeit und Widerstand gegeneinander abgewogen, mit dem die Europäer den Franzosen begegneten. Abschließend ging Broers auf die Nachhaltigkeit der napoléonischen Gesetzgebung in diversen Regionen ein.

John Davis (London) legte den Schwerpunkt weniger auf die Voraussetzungen für die Abgesandten in Wien als vielmehr auf die Folgen ihrer Verhandlungen – und zwar in wirtschaftlicher Hinsicht. In seinem Vortrag »Wirtschaftliche Dimensionen des Friedens von 1815« bemängelte er eingangs, dass bei der Analyse des Wiener Kongresses oftmals wichtige Punkte aus der Betrachtung fallen. Die wirtschaftliche Komponente sei vernachlässigt, wenn nicht sogar gänzlich übersehen worden. Aber gerade die Details des Kontrakts und die technischen Fähigkeiten der europäischen Staatsmänner haben die wirtschaftlichen Auswirkungen des Vertragswerkes erst möglich gemacht, auch wenn davon im Zusammenhang mit Castlereagh, Metternich oder Talleyrand nie gesprochen wird.

Zu einem selten im Mittelpunkt der Betrachtung stehenden Thema referierte *Mark Hay* (Oxford), das wie folgt lautete: »Großbritannien, Deutschland und die Rolle der Niederlande im Umfeld des Wiener Kongresses 1812–1815«. Die Niederlande waren aus der revolutionären und napoléonischen Zeit gestärkt hervorgegangen. Die institutionelle und finanzwirtschaftliche Struktur konnte im positiven Sinne reformiert und sowohl das Staatsgebiet als auch die Bevölkerungszahl verdoppelt werden. Außerdem konnten sich die Niederlande endlich aus der Abhängigkeit einer großen Schutzmacht befreien, unter der sie im vorangegangenen Jahrhundert zu leiden gehabt hatten. Auch wenn dies hinlänglich bekannt ist, konnte bis jetzt keine zufriedenstellende Erklärung für diese Entwicklung gefunden werden. Hay vertrat den Standpunkt, dass die Niederlande mit der Rückerlangung ihrer Unabhängigkeit 1813 zu einem Pufferstaat gemacht wurden, der einem französischen Expansionsstreben Einhalt gebieten sollte. Die Wiener Gesandten gedachten dieses Bollwerk durch Gebietszugeständnisse noch zu verstärken, was zwangsläufig die erwähnten Bevölkerungsgewinne mit sich brachte.

Georg Eckert (Wuppertal) lenkte den Blick wieder auf das Vereinigte Königreich, in diesem Fall allerdings in innenpolitischer Hinsicht. Sein Vortrag »Wien in der Kritik: Britische Gegner der neuen Ordnung« beschäftigte sich mit den innerbritischen Spannungen, die die Entscheidungen in Wien nach sich zogen. Lord Castlereagh war der einzige Wiener Abgesandte, der über sein Tun genaue Rechenschaft in der Heimat abzulegen hatte. Die oftmals harsche Kritik, wie beispielsweise von William Wilberforce, dass das Ziel, den Sklavenhandel abzuschaffen, weit verfehlt wurde, schlug bald in radikale Reformforderungen durch die Opposition um. Zumal der Wiener Kongress bei Weitem nicht das bestimmende innenpolitische Thema dieser Zeit auf der Insel war. Wichtiger waren die Inkooperation Irlands, die fortschreitende Industrialisierung und die Schuldentilgung. »Britain first« hieß die Devise, und wer sich in Wien mit anderen Staatsmännern verständigen konnte, geriet schnell in den Verdacht, ein Verräter zu sein. Auch wenn sich die Opposition letztlich nicht durchsetzen konnte, gab der Verlauf des Wiener Kongresses den Briten Anlass, ihre zukünftige Form der politischen Partizipation zu verändern.

Über die direkten Folgen des Kongresses für Frankreich referierte *Munro Price* (Bradford) in seinem Beitrag »Frankreich und das Abkommen von Wien (1814–1830)«. Dass Frankreich 1818 auf dem Kongress von Aachen der Heiligen Allianz, bestehend aus Russland, Österreich und Preußen, beitreten konnte, kann als Indiz gewertet werden, dass dessen außenpolitische Rehabilitation als abgeschlossen galt. Innenpolitisch verhielt sich die Situation jedoch anders. Die restaurierte Bourbonenmonarchie litt unter der durch den »terreur blanche« hervorgerufenen Instabilität und auch die fortschrittliche Verfassung, die von König Ludwig XVIII. erlassene »charte constitutionnelle«, entschärfte den Konflikt nicht. Nachdem sich die Lage 1824 mit der Übernahme der Regierung durch Karl X. abermals zuspitzte, kann man im Zusammenhang mit dem Revolutionsausbruch 1830 aber von einem Ereignis sprechen, dass zumindest außenpolitisch die Lage etwas beruhigte, so Price.

Glyn Redworth (Oxford) moderierte die letzte Sektion mit dem Titel »Folgen und Nachwirkungen im 19. und 20. Jahrhundert«. Deren erster Redner *Volker Sellin* (Heidelberg) konstatierte in seinem Vortrag »Restauration und europäische Friedensordnung«, dass man im Falle Frankreichs durch die Stiftung der »charte constitutionnelle« vielmehr von einer Erneuerung oder einer Reform als von einer bloßen Restauration sprechen müsste. Dass es sich dabei um ein sehr instabiles und brüchiges, wenn auch vom Senat gewolltes Konstrukt handelte, zeigt die Leichtigkeit, mit der Napoléon 1815 erneut an die Macht gelangte. Den Franzosen war ohnehin mehr an einer Revision des Ersten Pariser Friedens von 1814 als an einem Erhalt der wiederinstallierten Bourbonenmonarchie gelegen. Gewarnt durch die zweite Machtergreifung des Korsen, glaubten die anderen Mächte,

Frankreich nur durch einen Beitritt zur Allianz unter Kontrolle halten und die Restauration retten zu können, zumal keiner der Beteiligten erneut ein französisches Kaiserreich für erstrebenswert hielt. Im zweiten Teil widmete sich Sellin der Neuordnung außerhalb Frankreichs und deren Bedeutung für die nachfolgende Friedensepoche.

Der Beitrag »Kleinstaaten in Mitteldeutschland. Sachsen-Coburg im Deutschen Bund (1815–1850)« von *Carl-Christian Dressel* (Erfurt) stellte den engen Bezug des Tagungsortes zur europäischen Geschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts her. Dressel skizzierte den rasanten Aufstieg des coburgischen Herrscherhauses und ging dabei sowohl auf territoriale, strukturelle und wirtschaftliche Aspekte und Veränderungen als auch auf die Bedeutung des Wiener Kongresses und die Beziehungen zu Metternich ein. Anfangs durch hohe Verschuldung geplagt, vermochten es die Coburger Fürsten durch eine solide Finanz- und kluge Heiratspolitik, ihre Sprösslinge binnen zweier Generationen in England, Portugal, Belgien und Bulgarien auf den Thron zu bringen und somit spätestens 1850 in innen- und außenpolitischer sowie dynastischer Hinsicht auf dem Zenit ihrer Macht zu stehen.

Hans-Christof Kraus (Passau) widmete sich dem Thema »Zwischen Frankreich und Russland. England und der Krimkrieg« und bezeichnete diesen Konflikt als eines der bedeutendsten, aber weitgehend vergessenen Ereignisse des 19. Jahrhunderts. Der hohe Grad der Technisierung und die Art der Kriegführung hätten den Involvierten bereits einen Ausblick auf das im Ersten Weltkrieg zu Erwartende geben können. Nachdem man die russischen Expansionsbestrebungen 1815 noch hatte eindämmen können, gelang dies im weiteren Verlauf des Jahrhunderts immer weniger. Ursache war nicht zuletzt das zunehmend schwächer werdende Osmanische Reich, das gleichzeitig der wichtigste britische Handelspartner im Mittelmeer war und somit von London unterstützt wurde. Zar Nikolaus I. hingegen plante bereits die Aufteilung dieses Reiches und interpretierte die britische Zurückhaltung in diesen Belangen ihm gegenüber fälschlicherweise als Zustimmung zu seiner Politik. Das Vereinigte Königreich bemühte sich daraufhin vergeblich um eine Allianz mit Preußen und Österreich, sodass nur noch Frankreich als »Verbündeter« gegen Russland blieb. Napoléon III., der ohnehin Bewegung in die bestehenden Kräfteverhältnisse bringen wollte, kam die Kriegserklärung an Russland 1854 durch Sultan Abdülmecid I. daher sehr gelegen. Nachdem die türkische Flotte durch Russland vernichtet worden war, spitzte sich die Lage für den Sultan dramatisch zu. Es folgten am 27. und 28. März 1854 die Kriegserklärungen von Frankreich und Großbritannien an Russland. Dadurch wurde nach über 40 Jahren erstmals wieder das Risiko eines Flächenbrandes in Kauf genommen. Den Ausbruch eines »Weltkrieges« verhinderte das »sich Heraushalten« der deutschen Mächte, auch wenn Österreich noch zum politischen

Beitritt bewegt werden konnte. Nach einem verhältnismäßig kurzen Krieg unter katastrophalen Bedingungen war der neue Zar Alexander II. im Dezember 1855 zu Friedensverhandlungen bereit, was 1856 zum Pariser Friedensvertrag führte. Darin wurde unter anderem die Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres festgelegt, auch um weitere Angriffe auf die Türkei zu verhindern. Viel wichtiger war allerdings die Erkenntnis, dass sich militärische Konflikte nicht zwangsläufig auf Europa ausweiten mussten und der Frieden wenn auch nicht gestärkt, so doch gesichert werden konnte. Russland empfand den Ausgang als Demütigung, Napoléon III. als Prestigegewinn. Großbritannien zog sich aufgrund der gesammelten Erfahrungen aus der kontinentalen Politik zurück, wodurch Freiräume für außenpolitische Neuerungsprozesse geschaffen wurden, die dann in den 1860er Jahren auch stattfanden.

Der Wiener Kongress vermochte zwei entscheidende Dinge zu bewirken. Da eine abermalige Machtergreifung Napoléons verhindert werden konnte, erfuhr der europäische Frieden und damit auch der Frieden mit Frankreich eine nachhaltige Stabilität. Außerdem konnte das monarchische Prinzip gestärkt werden. Zu dieser Konklusion kam *Colin Andrew Munro* (Wien) in seinem Schlussvortrag »Von Versailles zur OSZE. Das Vereinigte Königreich und die Friedenssicherung in Europa«. Nach der Niederlage Napoléons verschwand das Herzogtum Warschau wieder von der Landkarte, und es sollte noch über 100 Jahre dauern, bis Polen als souveräner Staat entstand. Heute ist Polen Mitglied der NATO und der EU und steht damit symbolisch für die turbulente Geschichte Europas, die nachhaltig von der Arbeit der OSZE beeinflusst wurde, so Munro. Derzeitige Probleme zeigen jedoch, dass auf die Vermittlerrolle der Organisation auch in den kommenden Jahren nicht zu verzichten sein wird.